

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Mittelsteckenrakete getestet

Pakistan hat am 6. April erfolgreich die neue 'Hatf-V'-Mittelstreckenrakete getestet, die über eine Reichweite von rund 1.500 Kilometern und ein Wurfgewicht von 700 Kilogramm verfügen soll. Bei der Übung gelang es offenbar, mit einem Exemplar des auch als 'Ghuri' bezeichneten ballistischen Trägersystems ein 1.100 Kilometer entfernt gelegenes Ziel zu treffen. Der Start erfolgte von einem Militärstützpunkt unweit der nordostpunjabischen Stadt Jhelum aus, während als Zielgebiet ein Armeearreal in der Nähe von Balochistans Provinzhauptstadt Quetta im dünnbesiedelten Grenzgebiet zu Afghanistan und Iran diente. Dies gab noch am selben Tag der Sprecher des Außenministeriums in Islamabad, Tariq Altaf, im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt. Damit verfügt jetzt auch Pakistan über eine nuklearwaffentaugliche Boden-Boden-Rakete, die technisch ähnliche Merkmale aufweist, wie die bereits von Indien entlang der gemeinsamen Grenze in Stellung gebrachten 'Prithvi'-Raketen. Wann das neue Waffensystem endgültig in Dienst gestellt wird, ließ Altaf allerdings mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossene Test- und Entwicklungsphase offen.

Auf entsprechende Journalistenfragen hin dementierte der Sprecher des Außenministeriums die von internationalen Sicherheits- und Militärexperten geäußerten Vermutungen, daß die 'Hatf-V' auf der chinesischen Mittelstreckenrakete 'M-II' basiere. Die 'Hatf-V' habe mit Chinas 'M-II' nichts zu tun und sei allein von pakistanischen Wissenschaftlern mit dem im Land zur Verfügung stehenden Ressourcen entwickelt worden, hieß es. Die US-Regierung wirft Peking unter Berufung auf Geheimdienstinformationen schon seit Jahren vor, 'M-II'-Technologie und Teilkomponenten dieses Waffensystems an Pakistan zu liefern. Sanktionen und Sanktionsdrohungen, mit denen Washington daraufhin wiederholt vergeblich versuchte, einen Proliferationsstopp durchzusetzen, überschatten seitdem auch

das amerikanisch-pakistanische Verhältnis.

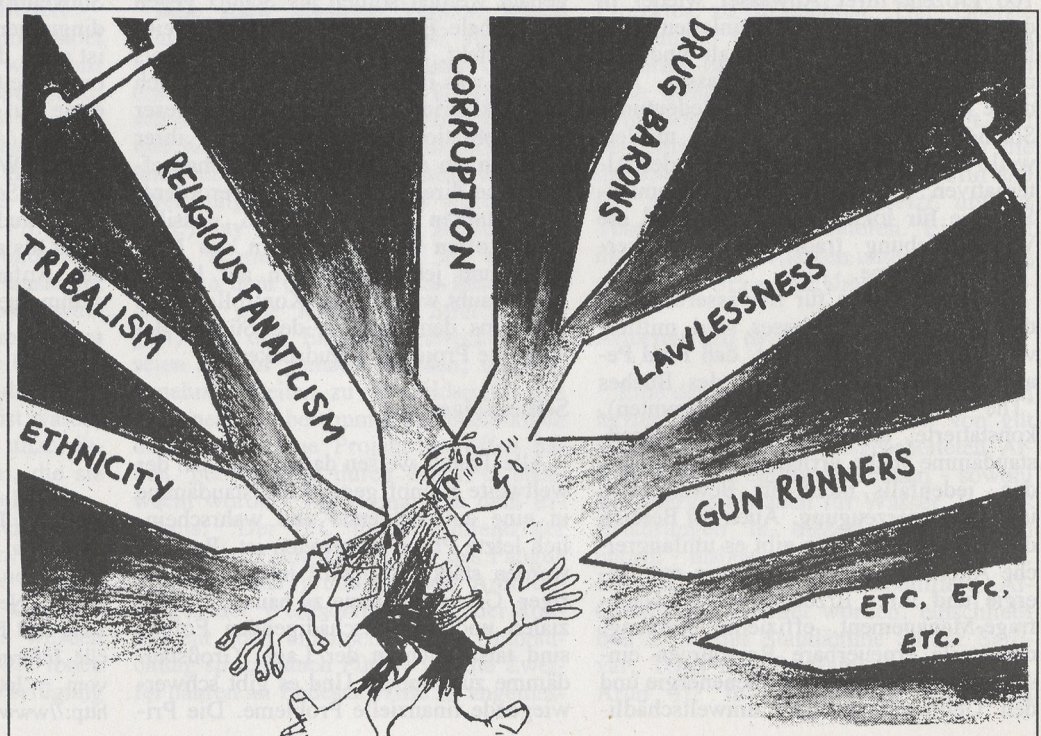
Befürchtungen, daß mit dem jüngsten Raketentest eine neue Runde im Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan eingeläutet werden könnte, wies Altaf ebenfalls mit dem Hinweis auf den großen Vorsprung der entsprechenden indischen Rüstungsprogramme als unbegründet zurück. Pakistan sei weiterhin dazu bereit, die derzeit unterbrochenen Gespräche mit Indien wieder aufzunehmen. Diese seit dem jüngsten Regierungswechsel in Indien ruhenden Verhandlungen dienen laut einer entsprechenden Vereinbarung beider Länder dem Ziel, ständige gemeinsame Arbeitsgruppen zu etablieren, die sich der ungelösten bilateralen Probleme wie dem Kaschmir-Konflikt und Sicherheitsfragen annehmen sollen.

Untergrundkrieg in Karachi eskaliert wieder

Eine seit knapp eineinhalb Jahren währende und mit dem Sturz der Bhutto-Regierung möglich gewordene Phase relativer Ruhe in der bürgerkriegsgeplagten Millionenmetropole Karachi scheint endgültig vorüber zu sein. Am 23. März, dem pakistanischen Verfassungstag, wurden innerhalb von 24 Stunden bei mehreren Terroranschlägen in diversen Stadtteilen insgesamt 19

Menschen getötet und zahlreiche weitere zum Teil schwer verletzt. Die Opfer galten laut pakistanischen Presseberichten fast alle als Anhänger und Aktivisten der beiden verfeindeten Fraktionen der 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM), so daß Beobachter davon ausgehen, daß die jahrelange Blutfehde der Kontrahenten wieder eskaliert ist. Seit Wochen erinnert die Berichterstattung über politisch motivierte Attentate und Terroranschläge in Karachi seitdem wieder fatal an die Situation Mitte der neunziger Jahre, als auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs 20 Tote täglich keine Seltenheit waren.

Was die jüngste Gewaltwelle ausgelöst hat, blieb vorläufig unklar. Kenner der Lage in der 13-Millionen-Stadt gehen jedoch davon aus, daß sie im Zusammenhang mit Streitigkeiten in der sowohl auf Bundesebene als auch in der Südprowinz Sindh, deren Hauptstadt Karachi ist, regierenden Koalition stehen. Denn als Juniorpartner der 'Pakistan Muslim League' (PML) von Premierminister Nawaz Sharif pocht der von dem im Londoner Exil lebenden Altaf Hussain angeführte Mehrheitsflügel der MQM (der sich inzwischen in 'Muttahida Qaumi Mahaz' umbenannt hat) schon seit einiger Zeit mit wachsender Ungeduld auf die Erfüllung von Zusagen, die die PML als Preis für das Zustandekommen der Koalition gegenüber der



MQM gemacht hatte. Hierzu gehörte die Freilassung zahlreicher inhaftierter Aktivistinnen der MQM, aber auch das energische Durchgreifen gegen die abtrünnige MQM-Fraktion unter der Führung von Afaq Ahmad durch Polizei und Sicherheitskräfte. Zum Hintergrund: Die gutbewaffneten Milizen der MQM-Splittergruppe um Afaq Ahmad, die sich selbst gerne als 'Haqiqi' (Wahrheit) bezeichnet, kontrollieren in Karachi immer noch trotz massiver Verfolgung durch die Behörden etliche Stadtviertel, die zu sogenannten "no-go-areas" erklärt wurden. In der Praxis bedeutet dies, daß Angehörigen der Sicherheitskräfte und vor allem Aktivisten der gegnerischen MQM von Altaf Hussain ihr Leben riskieren, wenn sie sich in diese Zone wagen. Vor allem mit Blick auf die geplanten Kommunalwahlen fürchten deshalb die Hussain-Getreuen, daß ein fairer Wahlkampf nicht überall möglich sein wird. Am 17. März stellte der MQM-Mehrheitsflügel deshalb der PML ein in ungewöhnlich dramatischer Form abgefaßtes Ultimatum von 48 Stunden, um ein Durchgreifen der Sicherheitskräfte in den fraglichen Stadtvierteln Karachis zu erzwingen. Andernfalls drohte die MQM damit, die Koalition zu verlassen. Zumindest im Sindh, wo die PML im Landtag auf die Stimmen der MQM-Abgeordneten angewiesen ist, hätte dies zum Sturz der dortigen Provinzregierung geführt. In letzter Minute einigte man sich dann auf einen Kompromiß, dessen Inhalt allerdings bislang nur sehr unvollständig bekannt ist. Die MQM trat lediglich mit einer knappen Presseerklärung an die Öffentlichkeit, in der es hieß, daß die Regierung sich bereit erklärt habe, die "no-go-areas" innerhalb eines Monats zu räumen. Außerdem sickerte durch, daß man sich auf eine vorläufige Verschiebung der Kommunalwahlen im Sindh verständigt habe, die inzwischen auch tatsächlich erfolgte. Da es der MQM von Altaf Hussain damit offenbar gelang, die Abhaltung von Kommunalwahlen an die Räumung der von der politischen Konkurrenz besetzten Stadtviertel zu koppeln, befürchten die meisten Beobachter mit einer weiteren Eskalation der Unruhen. Denn Wahlen und die Etablierung funktionierender Kommunalstrukturen wird von vielen Beobachtern als wichtiger erster Schritt hin zu einer politischen Lösung des Konflikts in Karachi angesehen.

Regierung richtet Anti-Korruptionskomitees ein

Premierminister Nawaz Sharif hat der weitverbreiteten Korruption in Ämtern, Behörden und sonstigen staatlichen Institutionen den Kampf angesagt. Zu diesem Zweck werden derzeit im ganzen

Land sogenannte 'Khidmat committees' aufgebaut, die sich um die Registrierung und Verfolgung von Korruptionsdelikten kümmern sollen. In der Praxis sollen diese den Polizeistationen zugeordneten Anti-Korruptionskomitees aus jeweils einem Richter bestehen, die die Strafverfolgung der Korruptionskriminalität durchzusetzen und zu überwachen haben. Außerdem sind sie befugt, Delinquenten an Ort und Stelle zu verurteilen.

Im Rahmen einer Feierstunde am 13. April in der Faisalmoschee von Islamabad ernannte der Regierungschef höchstpersönlich die ersten 427 von insgesamt 5.000 Mitgliedern der neuen Behörde. Wie die Tageszeitung 'Dawn' berichtete, versprach der Premier in seiner Ansprache vor den frischgebäckenen Beamten: "Ich werde persönlich dafür sorgen, daß die Komitees mit allen Machtbefugnissen ausgestattet werden, die notwendig sind, um Korruption und Ungerechtigkeit aus unserer Gesellschaft zu eliminieren." An die Bevölkerung richtete Nawaz Sharif bei dieser Gelegenheit den dringenden Appell, mit den Amtsinhabern der 'Khidmat committees' zu kooperieren. Um Vertrauen in die neue Institution warb er mit dem Versprechen, daß auch "korrupte Elemente" in der Regierung nicht vor Verfolgung und Bestrafung verschont bleiben.

Treffen der Pakistan-Geberländer auf Mai verschoben

Das normalerweise jährlich im Monat April in Paris abgehaltene Treffen der im sogenannten 'Aid-to-Pakistan Consortium' organisierten wichtigsten Geberländer Pakistans wurde auf den 11. bis 13. Mai verschoben und wird diesmal in Islamabad stattfinden. Außerdem wurde das Konsortium, das im Rahmen dieser Frühjahrskonferenz über die Vergabe und Konditionen von Finanzhilfen und Krediten an Pakistan entscheidet, in 'Pakistan Development Forum' umbenannt. Dies meldete am 13. April ohne Angaben von Gründen für diese Änderungen die pakistanische Zeitung 'Dawn'. An den Aufgabenbereichen soll sich jedoch gegenüber früher nichts ändern. Im vergangenen Jahr hatte das Pakistan-Konsortium dem Land Mittel in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar zugesagt. Die letzte Tranche war nach anhaltenden Auseinandersetzungen mit der Sharif-Regierung um den aktuellen Kurs der Wirtschaftspolitik erst kürzlich freigegeben worden.

Neues Oppositionsbündnis gegründet

Die oppositionelle 'Pakistan Peoples Party' (PPP) unter der Führung von Ex-

Premierministerin Benazir Bhutto ist am 18. März eine neues Vielparteienbündnis eingegangen, daß unter dem Namen 'Pakistan Awami Ittehad' (PAI) - etwa: Volksallianz - firmiert. Der Koalition, die als einziges Ziel den Rücktritt der Sharif-Regierung und vorgezogene Neuwahlen fordert, gehören insgesamt 15 zumeist völlig unbekannte Gruppierungen und Splitterparteien an, darunter auch etliche, die dem islamistischem Parteienspektrum zuzuordnen sind. Hierzu zählt vor allem die kürzlich wiederbelebte 'Pakistan Awami Party' des obskuren Geistlichen Maulana Tahirul Qadri. Das offenkundig höchst opportunistische Zweckbündnis mit Islamistenführern hat mittlerweile auch innerhalb der PPP harsche Kritik am Führungsstil der Parteivorsitzenden ausgelöst, die ihren Überraschungscoup offenbar nicht mit den Parteigremien abgestimmt hatte.

Forderung nach größerer Repräsentation

Anläßlich des Internationalen Frauentages am 8. März, fordern Frauen in Pakistan 33 Prozent der Sitze im Unterhaus und im Senat. Am 6. März unterstützte Benazir Bhutto, Führerin der Opposition und zweimalige Ex-Premierministerin, öffentlich diese Forderung der Frauen. Aktivistinnen und männliche Sympathisanten beteiligten sich an der Demonstration vor dem Parlament. Bhutto sagte zu den Journalisten, daß die jetzige Regierung (PML) schnellstens die Sitze der Frauen herstellen soll, in ihrer eigenen Regierungszeit hätte sie von der Opposition keinerlei Unterstützung bekommen. 29 Nichtregierungsorganisationen und zahlreiche Menschenrechts-Aktivistinnen fanden sich zu der Demonstration zusammen, die auch allgemeine die Diskriminierung der Frauen im Land anprangerte. Grundrechte wurden gefordert, besonders auch im Hinblick auf die Frauen in den Tribal Areas, die nicht wählen dürfen und auf die Gnade der Jirga angewiesen sind. Als Bereiche, in denen besonders diskriminiert wird, wurden Erbschafts- und Scheidungsregelungen und Zugänglichkeit zum Arbeitsmarkt identifiziert. Männer und Frauen sollen das Recht haben, nach freiem Willen zu heiraten, so wie es im Islam gelehrt wird. Auch gegen die weitverbreitete häusliche Gewalt müsse mit aller Entschlossenheit vorgegangen werden. Prominente Sprecherinnen zum Frauentag waren: Shahnaz Bukhari ('Progressive Womens Association'), Nasreen Azhar ('Women' Action Forum') und Nizhat Afza ('President of Womens Wing, PPP').